A2 Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 31.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Bewegt euch: Umwelt retten!

Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Auf der einen Seite gewinnen Nationalisten in Europa und auch weltweit immer mehr an Macht. Auf der anderen Seite zeigen tausende Menschen auf der Straße bei #unteilbar oder der Seebrücke und auch die grünen Wahlerfolge, dass es möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. Überall dort, wo autoritäre Kräfte versuchen, das Rad der Zeit zurückzudrehen, sind in den vergangenen Monaten mehr und mehr Menschen auf die Straße gegangen und haben klargemacht, dass sie das Sterben auf dem Mittelmeer, das Abholzen des Hambacher Waldes, die rechte Hetze von Seehofer und Co., mehr und mehr Befugnisse für die Polizei und Hetzjagden in Chemnitz nicht länger dulden werden.

Daran wollen wir als GRÜNE JUGEND anknüpfen. Die politische Trennlinie verläuft dabei immer stärker nicht mehr nur zwischen links und rechts, sondern auch zwischen einem transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn Donald Trump das Pariser Klimaabkommen aufkündigt oder Sahra Wagenknecht die Lösung der sozialen Frage im Nationalstaat sucht, machen wir gemeinsam mit diesen neu entstehenden Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen. Denn jeder Mensch hat dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde er geboren ist oder lebt.

Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen Herausforderungen, wie die Klimakatastrophe, Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut, Umweltzerstörung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus lösen werden. Während sich Rechte und auch Konservative durch Abschottung und Grenzschließung vor gemeinsamen Lösungen verstecken, ist für uns klar, dass ein linkes Europa, die langfristige Überwindung von dem Konstrukt der abgegrenzten Nationalstaaten und eine solidarische Weltgemeinschaft notwendiger denn je sind, um nicht einfach nur die Ungerechtigkeit von heute zu verwalten, sondern auf eine gleichberechtigte und solidarische Welt hinzuwirken und die Wandlungsprozesse unserer Zeit, wie Globalisierung und Digitalisierung, gerecht zu gestalten.

Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik

Im Moment erleben wir, wie das Prinzip des demokratisch-kapitalistischen Wohlfahrtsstaates, der “sozialen Marktwirtschaft” immer mehr ins Wanken gerät. Dieses Konzept beruhte auf der Befriedigung sozialer Konflikte, die aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, durch die Beteiligung großer Teile der Bevölkerung an einem gewissen Maß an Wohlstand und Konsummöglichkeiten im Rahmen des Nationalstaates. Dieser Wohlstand war von Beginn an nur für einen gewissen Teil der Welt möglich und fußte zum einen auf der Ausbeutung anderer Bereiche der Erde, insbesondere Ländern des Globalen Südens, und der rücksichtslosen Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Die derzeitige Krise der Demokratie beruht auch darauf, dass dieses Prinzip durch den neoliberalen Abbau des Sozialstaates und die Globalisierung, die nicht an nationalstaatlichen Grenzen Halt macht, zunehmend in Frage gestellt wird. Hinzu kommt die Klimakrise, die bestehende soziale Ungleichheiten und globale Ungerechtigkeiten enorm zuspitzt. Heute treffen die Folgen der Klimakatastrophe in besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten Teilen der Welt, die westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise aus. Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden, brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile der Welt und der Zerstörung unserer Lebensgrundlage beruht.

Um eine solche Gesellschaft zu erreichen, brauchen wir einen radikalen Wandel unserer Wirtschaftsweise. Auf dem Weg dorthin müssen wir viele kleine Schritte gehen, die im Sinne einer Politik der globalen Gerechtigkeit und des radikalen Klimaschutzes stehen. Dieser Antrag ist ein Aufschlag für die Idee einer zeitgerechten Umweltpolitik, die den Kampf für echten Klimaschutz, die menschenrechtsbasierte Gestaltung der klimabedingten Migration, soziale Kämpfe und eine globale Gerechtigkeitspolitik zusammenführt.

Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen

Dieser Sommer hat gezeigt: Die Klimakrise ist auch in Deutschland endgültig angekommen. Moorbrände, Hitzerekorde, Dürreperioden und nicht zuletzt organisierter Widerstand wie im Hambacher Wald oder bei Ende Gelände haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben. Während hier die Folgen des Klimawandels langsam zu spüren sind, sind sie für viele Menschen, insbesondere im Globalen Süden, schon grausame Lebensrealität.

<u>Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen Klimaschutz</u>
Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen

bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar und ambitioniert ist. Dazu gehören für uns:

• Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd. US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen. Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen wir ab.

• National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder Staat im Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert werden. Es darf nicht nur um Emissionsminderung gehen. Anpassung, Verlust und Schaden sowie Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer ambitionierten Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das 1,5°-Ziel noch erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten führen aber zu einer Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die angekündigten Beiträge, insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020 überholt werden. Anschließend soll ihre Überprüfung in einem Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

• Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten hin zum Globalen Süden führen.

• Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler Marktmechanismus unter der UNFCCC – darf nicht einfach fortgeführt werden. Er hat jetzt schon zu massiven Menschenrechtsverletzungen in der Implementierungsphase geführt und war insgesamt auch nicht sonderlich erfolgreich. Sollte er übernommen werden, so muss er massiv verändert werden. Dazu gehören die Einrichtung eines

Beschwerdekörpers für durch die Projekte Betroffene sowie der Ausschluss falscher Lösungen wie CCS. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierte Lösungen und eine globale GHG-Steuer.

Umweltaktivist*innen weltweit schützen

Auch wenn Klimakonferenzen und der Pariser Klimavertrag eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und eine Positionierung hier absolut notwendig ist, ist auch klar: Sie werden das Problem allein nicht lösen. Für die internationale Klimabewegung, die lokale Kämpfe global verknüpft und die Interessen derjenigen ins Zentrum rückt, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, können die Klimakonferenzen deshalb Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie jedoch nur dann, wenn sie auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien auch der durch bestehende Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen anwendet.

Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit

Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte. Klimagerechte Politik kann nur mit einer fairen, ökologischen und transnationalen Agrarpolitik gelingen. Während die Europäische Union im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des Globalen Südens entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben, sondern auch die Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut. Statt einer nachhaltigen Landwirtschaft für regionale Wirtschaftskreisläufe wird eine industrielle Landwirtschaft etabliert, die ehemals vielfältig genutzte Böden zur massenhaften Produktion von Soja und Mais zerstört und erodiert. Nicht zu vergessen die Regenwälder, die in Südamerika der Pflanzung von Sojamonokulturen zum Opfer fallen. Diese Art der Landwirtschaft schadet nicht nur den Böden, den Wäldern und den in ihnen lebenden Tier- und Pflanzenarten, sondern auch massiv dem Klima, wodurch in großen Teilen der Welt bereits immer mehr Ackerböden jegliche Nutzungsmöglichkeit verlieren.

Nicht nur der Anbau von Monokulturen an sich ist schädlich für das Klima, sondern vor allem ihr Nutzungszweck: als Futtermittel für die Viehzucht. Mit über 50% Anteil an den weltweiten Treibhausgasen ist die Viehzucht mit Abstand

die klimaschädlichste Produktionsweise des Menschen. Und auch eine Agrarwende hin zur Produktion von 100 Prozent Biofleisch würde nur zu noch mehr für die Viehzucht zerstörten Böden und noch mehr Treibhausgasen führen. Die GRÜNE JUGEND fordert, die Fleischproduktion massiv zu reduzieren, um der Klimazerstörung durch die Folgen der Viehzucht entgegenzuwirken. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND durch eine ausschließliche Förderung ökologischer Landwirtschaft sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden Regionalität und Ernährungssouveränität vor das Profitinteresse von Agrarunternehmen zu stellen.

Klimabedingte Migration würdevoll gestalten

Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für die Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern knallharte Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen Stellen zum Verlust einer Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den Klimawandel muss deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte Klimafolgenanpassung, also den verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen der Klimakatastrophe beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in besonders starkem Maße zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, wie die Staaten der Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips eine zentrale Bedeutung. Das betrifft insbesondere die westlichen Industriestaaten und die sogenannten Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben über einen langen Zeitraum hinweg die Kosten ihrer Lebens- und vor allem Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde externalisiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den Folgen davon allein gelassen werden.

Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration
Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch die Unterstützung der Staaten, die besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bürger*innen von besonders betroffenen Staaten stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende

Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten, wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den „Warschauer Mechanismus”. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl Staaten als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen effektiven Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen gegenüber Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten Klimabilanz im Rahmen einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und die internationale Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

Klimapass als Zeichen der Verantwortung

Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten, die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen, die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden.Ein solcher Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für globale Verantwortung.

Klimaflüchtende schützen

Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimageflüchteten ein. Wir brauchen humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale Fluchtwege geschafft werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als Fluchtgründe anerkannt werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale Gerechtigkeitspolitik

Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe. Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und

Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden. Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut leben können.

Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen ein. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten auch gleichwertige Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für international verbindliche Regeln zum Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ein und solidarisieren uns mit Gewerkschafter*innen, die überall auf der Welt für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf gegen Armut setzen wir uns außerdem für die Förderung von Modellversuchen des Bedingungslosen Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses gerade in Ländern mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen Einkommensunterschieden den Zugang zu einem selbstbestimmten Leben erleichtern kann.
Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung von Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel vorgeschoben werden.

Globale Gerechtigkeitspolitik statt Entwicklungshilfe

Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von “Entwicklung”, die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach

dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende Machtverhältnisse abgebaut werden.

Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit. Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und betrifft auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel in der Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem der aktuellen Entwicklungspolitik ist eine mangelnde Kohärenz verschiedener Politikfelder in den westlichen Industriestaaten. Häufig geraten entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer “Global South Mainstreaming” Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden untersucht werden.

Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein. Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen unverzüglich aufgekündigt werden.

Sustainable Development Goals umsetzen

Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen in gemeinsamer Verantwortung zu erfüllen. Anders als viele europäische Staaten sind zahlreiche Länder im Globalen Süden erfolgreich dabei, diese Entwicklungsziele zu erreichen. Hier müssen die europäischen Staaten endlich nachziehen und ihre eigene Politik auf die Verträglichkeit mit den SDGs verbindlich überprüfen. Gerade die Energiepolitik, die Ländern des Globalen Südens den Bau neuer fossiler Kraftwerke verbietet, während in Europa der Kohleausstieg verhindert wird, ist unglaubwürdig und nicht gerecht. Eine Entwicklung hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien in Ländern des Globalen Südens zu fördern ist richtig, sie ihnen abzuverlangen ohne selbst die nötigen

Schritte zu gehen, aber eine fatale politische Botschaft, die das ernsthafte Interesse des Globalen Nordens an einer Erreichung der SDGs sehr fragwürdig erscheinen lässt.

Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen

Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen fördern, die ökologisch und sozial produzieren und denjenigen einen Riegel vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.
Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter fair zu beschaffen.
Für “fairen Handel” reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern, einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten, dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen, von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff, die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus europäischer Staaten umgehend beendet wird.

Die Welt rettet sich nicht von allein!

Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte Zukunftsperspektive aufzumachen.

Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an Bündnissen mit allen Akteur*innen, die die Verhältnisse umschmeißen wollen.

Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.